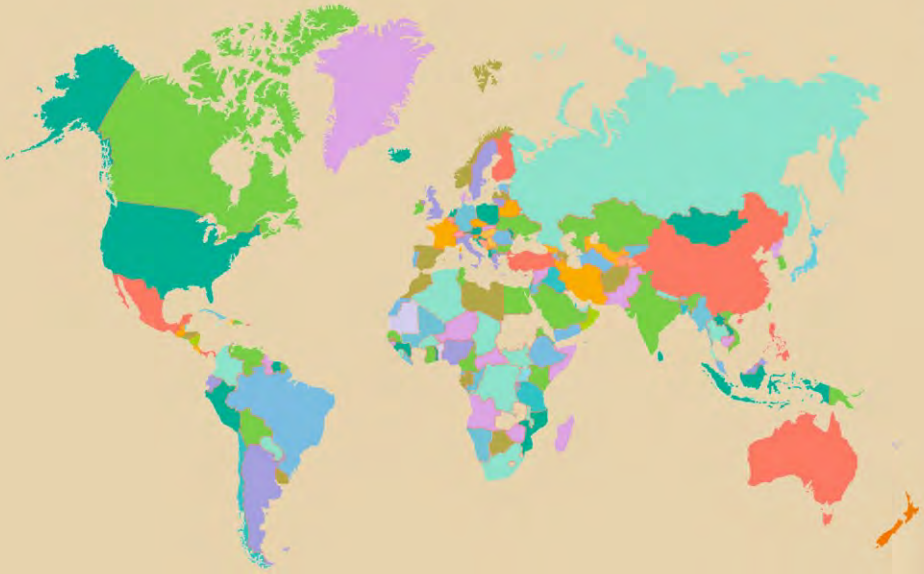


böhlau



BERTRAND MICHAEL BUCHMANN

Weltpolitik seit 1945

BSB

BÖHLAU STUDIEN BÜCHER
Grundlagen des Studiums

böhlau

Bertrand Michael Buchmann

Weltpolitik seit 1945



2014

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung durch:

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7)



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: © APA-Auftragsgrafik/picturedesk.com

© 2014 by Böhlau Verlag Ges. m. b. H & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Umschlaggestaltung: Michael Haderer
Lektorat / Korrektorat: Susanne Reinhold, Berlin.
Herstellung und Satz: Carolin Noack
Druck und Bindung: BALTO Print

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Lithuania

ISBN 978-3-205-79530-8

INHALT

Vorwort 7

1. Das Ende des Zweiten Weltkrieges 10
 - A) Alliierte Konferenzen und Vereinte Nationen 10
 - B) Bilanz des Zweiten Weltkrieges 16
 - C) Kriegsverbrecherprozesse 19

2. Der Kalte Krieg 23
 - A) Politische Begriffe des Kalten Krieges 23
 - B) Die Phasen des Kalten Krieges 28
 - C) Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 32
 - D) Die blockfreien Staaten 33
 - E) Die Sowjetunion – erste Protagonistin des Kalten Krieges 34
 - F) Die Usa – zweite Protagonistin des Kalten Krieges 43

3. Die Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg 49
 - A) Von Potsdam bis Paris 49
 - B) Die Deutsche Frage nach 1945 53
 - C) Die Machtergreifung der Kommunisten in Europa 64
 - D) Aufstände gegen den Kommunismus 73
 - E) Systemänderungen in Westeuropa 79
 - F) Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 83
 - G) Europäische Integration 87

4. Die Neuordnung Ost- und Südostasiens 89
 - A) Japans neue Identifikation 89
 - B) Chinas leidvoller Weg zur Großmacht 91
 - C) Korea und der „vergessene Krieg“ 99
 - F) Indochina 103
 - G) „Junge Tiger“, Vielvölkerstaaten und Diktaturen 117

5. Südasiens 122
 - A) Indien – der zweite erwachende Riese 122
 - B) Pakistan 126
 - C) Afghanistan 129

6. Mittlerer und Naher Osten 133
 - A) Iran und Irak 133
 - B) Naher Osten und der Jahrhundertkonflikt um Palästina 143

 7. Arabische Liga 157
 - A) Arabien 157
 - B) Nordafrika 160
 - C) Der Sudan 165
 - D) Arabischer Frühling 2011 167

 8. Entkolonialisiertes Afrika südlich der Sahara 175
 - A) Südafrika und das Ende der Apartheid 182
 - B) Zentralafrika und die gescheiterten Staaten 187
 - C) Ostafrika – gescheiterte Staaten auch hier 192
 - D) Golf von Guinea – Beispiele sinnloser Grausamkeit 202

 9. Lateinamerika 206
 - A) Mexiko – ein Staat an der Kippe 212
 - B) Große Antillen 214
 - C) Mittelamerika, die klassischen „Bananenrepubliken“ 218
 - D) La-Plata-Länder 222
 - E) Die Andenstaaten 229

 10. Die Wende 238
 - A) Die letzten Jahre der Sowjetunion 238
 - B) Das Ende der Volksdemokratien in Europa 246
 - C) Die Wiedervereinigung Deutschlands 252
 - D) Europas letzte Kriege – der Zerfall Jugoslawiens 257
 - E) USA und Russland – neue Partner oder alte Gegner? 263
- Nachwort 270
Register 272

VORWORT

Politische Geschichte ist nur *ein* historischer Blickwinkel unter den unübersehbar vielen Blickwinkeln, mit denen man die Vergangenheit betrachten kann. Sie ist auch keineswegs die wichtigste Perspektive, aber diejenige, welche am nachhaltigsten im Gedächtnis haftet. Es hat den Anschein, dass insbesondere hinsichtlich der letzten Jahrzehnte die politische Geschichte auf größtes Allgemeininteresse stößt, so wie ja auch die Medien der Gegenwart dem politischen Geschehen den größten Raum gewähren. Es sei jedoch ausdrücklich betont, dass sich jene Strukturen, die den Alltag der Menschen entscheidend prägen, meist auf leisen Sohlen bewegen und in ihrer Dynamik kaum wahrgenommen werden, während sich die Politik nur allzu oft mit lautem Getöse in Erinnerung ruft, ohne Dauerhaftes zu bewirken. Im vorliegenden Buch soll jedenfalls nur jenen weltpolitischen Entwicklungen Raum gewährt werden, welche sich tatsächlich entscheidend auf das Leben der betroffenen Bevölkerung ausgewirkt haben.

Einer groben Schätzung zufolge lebten von 1950 bis zum Jahr 2010 vielleicht 9,5 Milliarden Menschen; versucht man zurückzurechnen, wie viele Jahre vor 1950 die Menschheitsentwicklung benötigte, um ebenfalls auf die Zahl von 9,5 Milliarden zu kommen, so gelangt man etwa bis zum Dreißigjährigen Krieg. Das bedeutet, dass in den vergangenen 60 Jahren die Geschichte der Menschheit genauso viele Lebensschicksale aufweist wie in den 300 Jahren davor. Gewiss ist die Dichte historisch relevanter Ereignisse nicht unbedingt mit der Menge an Individuen in Relation zu setzen, nichtsdestoweniger dreht sich heute das Rad der Geschichte ungleich schneller als in früheren Zeiten, Veränderungen vollziehen sich häufiger und rascher, zumal sie angesichts der fortschreitenden Globalisierung vielfach nicht mehr nur auf einen Raum bzw. Kontinent beschränkt bleiben, sondern weltweit zusammenhängen.

Das Problem einer gerafften Darstellung der weltpolitischen Entwicklung seit 1945 besteht vornehmlich in der unübersichtlichen Zersplitterung des Zeitgeschehens in einzelne Kontinente und Räume, also im sowohl *nationalen* als auch *extranationalen* Charakter der Politik. Allein die Tatsache, dass jeder der rund 190 Staaten der Erde auf seine eigene – leidvolle oder erhebende, jedenfalls aber interessante – Geschichte zurückblickt, erklärt die Schwierigkeit des Unterfangens. Eine Beschränkung auf jene Ereignisse, welche die Staaten *verbinden*, greift wohl zu kurz, weil sie ungerecht wäre gegenüber den Zeitgenossen, welche von den alltagsbestimmenden innerstaatlichen Ereignissen viel eher beeinflusst werden. Es bleibt dem Historiker nichts anderes übrig, als eine Auswahl zu treffen und das Lokale mit dem Internationalen zu kombinieren.

Um nicht im Chaos der Fakten unterzugehen, benötigt der Historiker ein bestimmtes Konzept, ein Modell oder Paradigma, also eine Grundauffassung, der er seine Betrachtung unterordnet. Angesichts der dramatischen Veränderungen der Welt-

politik in den letzten Jahrzehnten ist es ihm allerdings nicht möglich, auf Dauer bei einer Grundauffassung zu verharren, denn mit jeder einschneidenden Erschütterung des weltpolitischen Systems muss ein Paradigmenwechsel vorgenommen werden: So funktioniert für die Endphase des Zweiten Weltkrieges noch das Konzept einer multipolaren Welt, also einer Welt mit mehreren Großmächten, die sich großteils in Europa befanden, sodass zum letzten Mal der alte Kontinent das globale Geschehen bestimmte. Die Staaten der Erde definierten sich hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu den Achsenmächten oder zu den Alliierten (oder sie blieben neutral). Nach Kriegsende ergab sich zwangsläufig ein Paradigmenwechsel: Für die Länder Afrikas oder Asiens brach mit dem Ende der europäischen Vormachtstellung das Zeitalter der Entkolonialisierung an, das ihnen erstmals die Gelegenheit gab, selbst aktiv in die Weltpolitik einzugreifen. Einem anderen historischen Konzept gemäß begann das Zeitalter des Kalten Krieges mit zwei einander feindlich gegenüberstehenden Blöcken. Das Selbstverständnis der Staaten beruhte auf ihrer Zugehörigkeit zu einem der beiden Blöcke (oder zur Blockfreienbewegung). Diese Phase einer bipolaren Welt endete mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, einer der beiden Supermächte, sodass ein abermaliger Paradigmenwechsel vonnöten scheint. Allerdings wissen wir noch nicht, welchem Gesichtspunkt die Weltpolitik seit der Wende unterzuordnen sein wird: Wenn Francis Fukuyama in seinem Essay über das „Ende der Geschichte“ pointiert meint, dass die Etablierung der liberalen Demokratie auf marktwirtschaftlicher Basis die finale Form gesellschaftlicher Organisation darstellt,¹ so ist damit noch lange nicht geklärt, auf welchen mühsamen und verschlungenen Wegen die einzelnen Gesellschaften zu diesem Ziel gelangen und wie sie sich dann, bei Erreichen dieses Zieles, verhalten werden. Nur wenige Jahrzehnte erlebte die Menschheit eine monopolare Welt mit der einen verbliebenen Hypermacht USA. Heute sind in den Weiten Asiens mit China und Indien neue Großmächte entstanden, die gemeinsam mit einem zumindest ökonomisch erstarkten (vereinten) Europa bemüht sind, den USA den Rang abzulaufen. Die Weltpolitik bewegt sich also wieder in Richtung eines neuen, multipolaren Zeitalters. Werden vielleicht in Zukunft übergeordnete Kulturkreise die globalen Muster von Zusammengehörigkeit und Konflikt prägen? Gegen diesen, von Huntington formulierten „Kampf der Kulturen“² spricht eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung, wonach kulturelle Konflikte nach Ende des Kalten Krieges zwar enorm zugenommen haben, aber zu 80 Prozent innerstaatlich ausgetragen wurden.³ Dies zeigte sich beispielsweise im

1 Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.

2 Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.* München / Wien 1996.

3 Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Kultur und Konflikt in globaler Perspektive. Die kulturellen Dimensionen des Konfliktgeschehens 1945–2007.* Gütersloh 2009.

Herbst 2012, als in Ägypten, Tunesien und Libyen die bei den Wahlen siegreichen Moslembrüder gegen die radikalislamischen Salafisten vorgingen. Daher scheint es sinnvoll, die politische Geschichte der einzelnen Staaten zumindest gleichwertig neben die globalpolitische Entwicklung zu stellen. Umso schwieriger fällt es uns, für die Gegenwart ein neues Paradigma zu finden. Vielleicht gelangen wir eher zum Ziel, wenn wir uns die Zukunft der Welt unter der ökonomischen Perspektive vorstellen, wie der ehemalige russische Wirtschaftsminister Jewgeny Jasin (1994–1998) meint: „Auf der Welt geht eine tektonische Verschiebung vor sich, die damit verbunden ist, dass China und Indien, die im 16. Jahrhundert nicht ärmer als Europa waren, ihre Rückständigkeit überwinden. Grob gesagt entsteht folgendes Modell: Die USA sind das Labor der Welt, China ist die Weltfabrik, die Brasilianer sagen von sich, dass sie die Bauern seien. Russland ist mit den Rohstoffen das Bergwerk der Welt.“⁴ Welche Rolle Europa spielen wird, bleibt dabei offen. Dass die USA auf jeden Fall in der ersten Liga der Weltmächte weiterspielen werden, ist jedenfalls anzunehmen. Im beginnenden zweiten Jahrzehnt des zweiten Jahrtausends zeichnet sich ab, dass Fukuyamas Vision einer konfliktfreien, entpolitisierten Wohlstandsgesellschaft keine Daseinsberechtigung hat. Vielmehr wirken – wie im Zeitalter des Imperialismus – machtpolitische Interessen als Triebfedern der Diplomatie. China, Russland und auch Indien machen deutlich, dass sie harte Konkurrenten gegenüber dem Westen (USA, EU) sind und nicht auf eine friedliche Welt, sondern auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Auf der Strecke bleiben die Staaten nahe am Abgrund; manchen von ihnen – und ihre Zahl nimmt zu – bringt die Globalisierung mit ihren zunehmenden Verflechtungen und Abhängigkeiten den Verfall, sie mutieren zu „failed states“, zu gescheiterten Staaten.

4 Aus: Die Presse, 7. April 2010, S. 20.

I. DAS ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

A) ALLIIERTE KONFERENZEN UND VEREINTE NATIONEN

Die Zusammenarbeit der Alliierten diente drei Zielen: Koordinierung der Kampfhandlungen gegen Deutschland und Japan, Neuordnung der Staaten und deren Grenzen nach Kriegsende sowie Vereinbarung einer neuen Weltordnung. Die Interessen der führenden Politiker der drei Großmächte USA, Großbritannien und Sowjetunion lagen allerdings weit auseinander: Während der Idealist *Franklin Delano Roosevelt* (Präsident 1932–1945) keinerlei Interesse an Landgewinn bekundete, verfolgte der kalte Machtpolitiker *Stalin* (Josef Wissarionowitsch, Generalsekretär der KPdSU 1922–1953) ausschließlich die territoriale Ausweitung seiner Einflussphäre; *Winston Churchill* (Premierminister 1940–1945) hingegen mühte sich, Englands Großmachtstatus zu retten, indem er sich eng an die US-Politik anlehnte.

Die Vereinigten Staaten verhielten sich auch vor ihrem Kriegseintritt nicht neutral, vielmehr gewährten sie Großbritannien und der Sowjetunion eindeutige Militärhilfe. Demgemäß waren die sogenannten „vier Freiheiten“, welche Roosevelt zu Beginn seiner vierten Amtsperiode am 6. Januar 1941 dem Kongress verkündete, auch indirekt gegen Deutschland gerichtet: territoriale Veränderungen nur aufgrund des Selbstbestimmungsrechts, freie Bestimmung der Völker auf ihre Regierungsform, freier Zugang zu allen Rohstoffen, dauerhafter Friede und ein Leben frei von Furcht und Not. Am 9. März 1941 trat das „Leih- und Pachtgesetz“ („Land-Lease-Act“) in Kraft, das den Präsidenten dazu ermächtigte, nach eigenem Ermessen jene Staaten mit Kriegs- und Versorgungsgütern zu unterstützen, deren Verteidigung für die Interessen der Vereinigten Staaten als lebensnotwendig erkannt werden. Von den oben erwähnten „vier Freiheiten“ wurden drei in die ATLANTIK-CHARTA (The Atlantic Charter) übernommen, welche Roosevelt und Churchill am 14. August 1941 auf einem Schiff vor der Küste Neufundlands vereinbarten. In der Formulierung dieser allgemeinen Kriegsziele (Selbstbestimmungsrecht der Völker, Verzicht auf Gebietsgewinn, Freiheit der Meere, Verzicht auf Waffengewalt) sollte die Keimzelle einer neuen, demokratischen Weltordnung liegen, wobei die insgesamt acht Bestimmungen nicht für Deutschland gelten sollten:

„Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter seiner Majestät Regierung des Vereinigten Königreiches trafen sich auf See. Sie haben die Gefahren betrachtet, die der Weltzivilisation aus der Politik der auf Eroberung beruhenden Militärherrschaft drohen, welche die Hitler-Regierung Deutschlands und andere mit ihr verbündete Regierungen eingeschlagen haben. [...] Sie einigten sich auf folgende gemeinsame Erklärung [...]:

1. Ihre Länder erstreben keinerlei Gebiets- oder sonstige Vergrößerung.
2. Sie wünschen keine Gebietsveränderungen, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betreffenden Völker übereinstimmen.
3. Sie anerkennen das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen [...].
4. Sie werden sich [...] bemühen, allen Staaten, groß oder klein, Siegern oder Besiegten, fördernd zu helfen, dass sie unter gleichen Bedingungen Zutritt zum Handel oder zu den Rohstoffen der Welt haben [...].
5. Sie wünschen vollste Zusammenarbeit zwischen allen Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen mit dem Ziel, für alle einen gehobenen Arbeitsstandard, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten.
6. Sie hoffen, dass nach der endgültigen Zerstörung der Nazityrannei ein Friede geschaffen wird, der allen Nationen die Möglichkeit gibt, in Sicherheit innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu leben und der Gewähr dafür bietet, dass alle Menschen in allen Ländern der Welt ihr Leben frei von Furcht und Mangel leben können.
7. Ein solcher Friede sollte es allen Menschen ermöglichen, die Meere und Ozeane ungehindert zu überqueren.
8. Sie glauben, dass aus sachlichen und ideellen Gründen alle Nationen der Welt dazu gelangen müssen, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Da künftig kein Friede erhalten werden kann, wenn von Nationen, die mit Angriffen außerhalb ihrer Grenzen drohen oder drohen könnten, weiterhin ihre Land-, See- und Luftaufrüstung aufrechterhalten werden, glauben sie, dass bis zur Schaffung eines umfassenderen und dauerhaften Systems allgemeiner Sicherheit die Entwaffnung solcher Nationen wesentlich ist. [...]"⁵

Am 7. Dezember 1941 überfielen japanische Bomber den US-Pazifikhafen Pearl Harbour, tags darauf erklärten die USA und Großbritannien Japan den Krieg, am 11. Dezember folgten die Kriegserklärungen Deutschlands und Italiens an die USA. Im WASHINGTON-PAKT („26-Nationen-Erklärung“) vom 1. Januar 1942 verpflichteten sich alle 26 Krieg führenden Staaten, keinen separaten Waffenstillstand mit den Achsenmächten abzuschließen. Durch den Beitritt weiterer Staaten wurde der Pakt zur Keimzelle der Vereinten Nationen – erstmals fiel der Begriff „United Nations“. Zwischen dem 14. und 24. Januar 1943 trafen einander Roosevelt und Churchill im Anschluss an die US-Landung in Nordafrika zur KONFERENZ VON CASABLANCA, als deren Ergebnis die bedingungslose Kapitulation Deutschlands gefordert wurde

5 Jalta – Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas = Beihefte zu Deutschland in Geschichte und Gegenwart 13, Tübingen 1985, S. 7 ff.

(„The Unkonditional Surrender Meeting“); dadurch sollte sich das „Dritte Reich“ bei einem allfälligen Waffenstillstand nicht auf die Atlantik-Charta berufen können. Da in den gleichgeschalteten deutschen Medien über diese ebenso wie über alle anderen internationalen Vereinbarungen ausgiebig berichtet wurde, fachte der Beschluss von Casablanca einen erbitterten Widerstand buchstäblich bis zur letzten Patrone an und bewirkte die unsinnige Verlängerung des Krieges.

Grundsätzlich handelte es sich bei der Zusammenarbeit der Westmächte mit der Sowjetunion um ein unnatürliches Zweckbündnis ideologisch entgegengesetzter Partner. Man wusste in Washington und London von Stalins aggressiver Außenpolitik (Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 zur Aufteilung Polens, finnisch-sowjetischer „Winterkrieg“ 1939/40) und auch von dem Massenmord an 22.000 polnischen Offizieren bei Katýn, der auf Befehl Stalins vom NKWD im April 1940 verübt und im April 1943 von deutschen Soldaten aufgedeckt worden war. Aber Roosevelt sah in Hitler eine größere Gefahr als in Stalin und war demnach nicht bereit, gegenüber dem sowjetischen Diktator Anklage zu erheben. So stand er auch nicht an, auf der 5. WASHINGTON-KONFERENZ (12. bis 25. Mai 1943) die sowjetischen Annexionen anzuerkennen und auf der AUSSENMINISTERKONFERENZ VON MOSKAU (19. bis 30. Oktober 1943) über die Zusammenarbeit bis zum Endsieg verhandeln zu lassen. Beschlossen wurde der sowjetische Kriegseintritt gegen Japan – er sollte aber erst drei Monate nach der deutschen Kapitulation erfolgen. (Die Sowjetunion begann dann tatsächlich am 8. August 1945, einen Tag vor dem A-Bombenabwurf auf Nagasaki, mit den Kampfhandlungen.) Weitere Vereinbarungen der Moskauer Deklaration betrafen die Gründung einer übernationalen Organisation, eine allgemeine Entwaffnung nach dem Krieg sowie die Anklage deutscher Kriegsverbrecher. Nicht zuletzt sollte in Italien und Österreich die Demokratie wiederhergestellt werden. Der viel zitierte Passus bezüglich Österreich enthielt die Erklärung, „... dass Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll. [...] Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt.“⁶ In der vier Jahrzehnte später in Österreich aufgeflamnten Täter-Opfer-Diskussion berief man sich gerne auf die Moskauer Deklaration, welche der Alpenrepublik die eindeutige Opferrolle zugeschrieben hatte. Tatsächlich jedoch ging es den Alliierten bei der geplanten Neuorientierung Österreichs vor allem darum, dem besiegten Hitler-Deutschland keinerlei Gebietsgewinn zu belassen.

Auf der KONFERENZ VON TEHERAN vom 28. November bis 1. Dezember 1943 trafen Roosevelt und Churchill erstmals mit Stalin persönlich zusammen. Die soge-

6 Aus: Otto Frass: Quellenbuch zur österreichischen Geschichte 4 (1918–1955). Wien 1967, S. 256.

nannten „großen Drei“ vereinbarten, durch eine Invasion in Frankreich eine neue Front zu eröffnen („D-Day“ am 6. Juni 1944), ferner legten sie die Ostgrenze Polens („Curzon-Linie“) fest, dafür sollte Polen auf Kosten Deutschlands nach Westen bis zur Oder-Neiße-Linie verschoben werden. Die baltischen Länder wurden der Sowjetunion zugesprochen. Churchill setzte sich im Zusammenhang mit der polnischen Frage für eine Totalausreibung von mehreren Millionen Deutschen ein, protestierte allerdings, als Stalin meinte, man müsste summarisch 50.000 deutsche Offiziere und Techniker liquidieren. Einigkeit herrschte hingegen hinsichtlich der künftigen deutschen Zonengrenzen – erst viel später erkannten die Westmächte ihre Benachteiligung gegenüber der Sowjetunion. Als Gegenleistung für all dieses Entgegenkommen erklärte sich Stalin zur Mitarbeit an der Organisationsstruktur der geplanten Vereinten Nationen bereit. Trotz aller Geheimhaltung erfuhr die deutsche Führung von den Gesprächen. Was aber tatsächlich helle Empörung in ganz Deutschland hervorrief und ebenso wie die in Casablanca gestellte Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation den Widerstandswillen bis zum Äußeren steigerte, war der im September 1944 dem US-Präsidenten unterbreitete Plan seines Finanzministers *Henry Morgenthau* (1934–1945): Dieser sah die Demilitarisierung, Verkleinerung und Aufteilung Deutschlands, die Demontage sämtlicher Fabriken, Stilllegung der Kohlegruben und Internationalisierung des Ruhrgebietes vor. Deutschland sollte auf den Status eines Agrarlandes reduziert werden. Dies hätte Verelendung und Hungertod für weite Teile der Bevölkerung bedeutet. Obwohl Roosevelt noch im selben Monat die Unterschrift unter den auch von Churchill gebilligten MORGENTHAU-PLAN wieder zurückzog, motivierte er viele deutsche Soldaten, bis zum letzten Atemzug zu kämpfen.

Die ungeheueren Kosten der Kampfhandlungen zerrütteten die Währungen aller Krieg führenden Staaten. Einzig die USA gingen wirtschaftlich gestärkt aus dem Geschehen hervor und ergriffen daher die Initiative zur Errichtung eines mit zehn Milliarden US-Dollar zu dotierenden „*Internationalen Währungsfonds*“ (IWF), der die Aufgabe übernehmen sollte, feste Wechselkurse zu sichern und das Austauschverhältnis der einzelnen Währungen mit der einzigen verbliebenen Leitwährung, dem US-Dollar, zu überwachen. Dafür verpflichteten sich die USA, den Goldwert gegenüber dem US-Dollar stabil zu halten. Auf der KONFERENZ VON BRETTON WOODS in New Hampshire, USA, (1. bis 22. Juli 1944) gelangten die Vertreter von 44 Staaten zu einer Einigung und auch zum Beschluss, eine „*Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung*“ (IBRD, *Weltbank*) zu installieren. Beide Institutionen nahmen nach Kriegsende ihre Tätigkeit auf. In den Augen Stalins galten sie allerdings als imperialistische Instrumente des Kapitalismus zur Unterdrückung der Völker; daher nahm die Sowjetunion nicht an ihnen teil und verbot auch ihren Verbündeten die Teilnahme. Ein weiterer Baustein für eine neue Weltorganisation (nach der oben erwähnten Atlantik-Charta) wurde auf der KONFERENZ VON DUMBARTON OAKS

(bei Washington D. C., 21. August bis 7. Oktober 1944) gesetzt, als die Vertreter von USA, UdSSR, Großbritannien und China beschlossen, den *Völkerbund* durch die „*Vereinten Nationen*“ zu ersetzen und bereits Vorschläge für deren Organisation ausarbeiteten: Jeder Staat hätte einen Vertreter in die einmal pro Jahr tagende *Generalversammlung* (*Vollversammlung*) zu entsenden; ein künftiger *Sicherheitsrat* mit für alle Mitglieder verbindlicher Beschlussfassung sollte aus fünf mit Vetorecht ausgestatteten ständigen Mitgliedern (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China) sowie aus zehn für jeweils zwei Jahre gewählten Mitgliedern bestehen.

Vom 1. August bis zum 2. Oktober 1944 tobte der Warschauer Aufstand: 62 Tage lang konnte sich die polnische Untergrundarmee in der Stadt halten. Ihr Ziel war es, einen eigenen Beitrag zur Befreiung Polens zu leisten. Stalin aber akzeptierte keine polnische konservative Widerstandsbewegung und verweigerte ihr jegliche Hilfe. Obwohl die Rote Armee nur mehr wenige Kilometer von Warschau entfernt lag, stoppte sie auf Stalins Befehl ihren Vormarsch, bis die Deutsche Wehrmacht Warschau zurückerobert und dem Erdboden gleich gemacht hatte. Roosevelt war zwar von Stalin „tief enttäuscht“, zog aber keine Lehre aus dem Verhalten des Diktators. Allerdings schickte er keinen Vertreter zur MOSKAUER BESPRECHUNG (9. bis 18. Oktober 1944), wo nur Stalin, Churchill und der britische Außenminister *Robert Anthony Eden* (1935–1938, 1940–1945) die künftigen Einflusssphären der Alliierten auf dem Balkan festlegten. Wie die heute unglaublich wirkenden Zahlenspielerien in die Realität hätten umgesetzt werden sollen, ist angesichts der unterschiedlichen und vor allem unvereinbaren Gesellschaftsformen der Westmächte und der Sowjetunion unklar; sie zeigen aber an, wer in Hinkunft tatsächlich in welchem Staat dominieren würde: Rumänien, Bulgarien und Ungarn hätten mit 75-prozentigem sowjetischen und 25-prozentigem britisch-amerikanischen „Einfluss“ zu rechnen, Griechenland geriete zu 75 Prozent unter britischen, zu 25 Prozent unter sowjetischen „Einfluss“, und Jugoslawien „teilten“ sich Sowjets und Briten zu je 50 Prozent. Nebenbei wurde auch festgehalten, dass alle sowjetischen Kriegsgefangenen, Auswanderer und Verschleppten an die Sowjetunion auszuliefern wären; sie erwartete allesamt ein düsteres Schicksal, weil sie in den Augen Stalins ohne Ausnahme als Verräter galten: Wenn sie nicht hingerichtet wurden, verschwanden sie im GULag; nur wenige blieben unbehelligt.

Zur selben Zeit, als sich der deutsche Außenminister (1938–1945) Joachim von Ribbentrop mit Wissen Hitlers und über Vermittlung des Vatikans vergebens bemühte, die USA zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion zu motivieren, tagte die KONFERENZ VON JALTA (4. bis 11. Februar 1945). Stalin, Churchill und der bereits vom Tod gezeichnete Roosevelt – er erlag am 12. April seinem Krebsleiden – fixierten in Ergänzung zur Teheraner Konferenz die Bestimmungen über die Neugestaltung Deutschlands und Europas. Stalin zeigte sich zwar gegenüber dem US-Präsidenten wieder entgegenkommender, insbesondere hinsichtlich der Vereinten

Nationen, blieb aber kompromisslos, wenn es um die Machterweiterung der Sowjetunion ging. Weil die Alliierten aber davon ausgingen, dass sich der Kampf gegen Japan noch in die Länge ziehen könnte, war ihnen der sowjetische Kriegseinsatz gegen Japan (vereinbarungsgemäß drei Monate nach der deutschen Kapitulation) dermaßen wichtig, dass sie Stalin weit entgegenkamen und ihm die Kurilen, den Süden von Sachalin, Teile der Mandschurei, die Kontrolle über die Mongolische Volksrepublik und über den Norden von Korea zugestanden. Hinsichtlich Deutschlands war man sich einig, was die Aufteilung in vier Besatzungszonen, die Beseitigung des Nationalsozialismus, die Demontage der Fabriken, Reparationen, Gebietsabtretungen und Bildung eines Alliierten Kontrollrates (in Berlin) betraf. Auf Österreich kamen ähnliche Bestimmungen – vier Besatzungszonen, Demontage, Kontrollrat usw. – zu. Schließlich einigte man sich auf das Stimmverhältnis im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und legte den Gründungstag für die Vereinten Nationen mit dem 25. April 1945 fest. Roosevelt sah damit sein Hauptanliegen erfüllt, er sollte allerdings diesen Tag nicht mehr erleben. Stalin setzte noch durch, dass die Ukraine und Weißrussland als selbstständige Staaten in die UNO aufgenommen würden, sodass der Sowjetunion in der *Vollversammlung* drei Stimmen zukämen (ursprünglich forderte er für jede der 16 Sowjetrepubliken je eine Stimme).

Am 25. April 1945 trat die SAN-FRANCISCO-KONFERENZ zusammen. Zugewegen waren nur Vertreter jener 50 Staaten, die gegen die Achsenmächte im Krieg standen. Sie einigten sich gemäß den Beschlüssen von Dumbarton Oaks auf die Gründungsurkunde der UNO. Am 26. Juni unterzeichneten sie die *Charta der Vereinten Nationen* (III Artikel), welche nach ihrer Ratifizierung am 24. Oktober 1945, dem „Tag der Vereinten Nationen“, in Kraft trat. Auf Empfehlung des Sicherheitsrates wählte 1946 die Generalversammlung den Norweger Trygve Lie zum ersten Generalsekretär. Ihm folgten 1953 der Schwede Dag Hammarskjöld, 1961 der Burmese Sithu U Thant, 1971 der Österreicher Kurt Waldheim, 1982 der Peruaner Javier Pérez de Cuéllar, 1992 der Ägypter Boutros Boutros-Ghali, 1997 der Ghanaer Kofi Annan und 2007 der Südkoreaner Ban Ki-moon.

„Charta der Vereinten Nationen. Präambel:

Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, und für diese Zwecke Duldsamkeit zu üben und als

gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern, haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken. Dementsprechend haben unsere Regierungen [...] diese Charta der Vereinten Nationen angenommen und errichten hiermit eine internationale Organisation, die den Namen „Vereinte Nationen“ führen soll.“⁷

B) BILANZ DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Auf die Nachricht vom Scheitern der letzten Entlastungsoffensive setzte *Adolf Hitler* am 30. April 1945 um 15.30 Uhr seinem Leben durch einen Pistolenschuss ein Ende. Sieben Tage später unterzeichnete Generaloberst Alfred Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, die Gesamtkapitulation der Deutschen Wehrmacht, am 9. Mai wurde dieser Akt vor den Sowjets durch Feldmarschall Wilhelm Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, wiederholt. Ab 9. Mai 0 Uhr schwiegen die Waffen. Die Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz, der von Hitler testamentarisch zum Reichspräsidenten bestellt worden war, wurden am 23. Mai von den Briten gefangen genommen.

In Fernost dauerten die Kampfhandlungen noch an. Am 6. August 1945 ließen die USA über Hiroshima die erste, am 9. August über Nagasaki die zweite Atombombe explodieren. Tags zuvor, am 8. August, erklärte die Sowjetunion Japan den Krieg; die Rote Armee marschierte in der Mandschurei und in Korea ein und besetzte die Kurilen und Sachalin. Am 2. September unterzeichnete *Kaiser Hirohito* (1926–1989) an Bord des US-Schlachtschiffes „Missouri“ vor dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Pazifik, *Douglas MacArthur* (1941–1951), die Kapitulationsurkunde. Am 15. August hörten die Japaner zum ersten Mal die Stimme ihres Kaisers, als er in einer Radioansprache erklärte, er allein könne „das Unerträgliche ertragen“ und die Kapitulation befehlen:

„An Unsere guten und getreuen Untertanen! Nachdem Wir die allgemeine Weltlage und die besonderen Verhältnisse, die heute in Unserem Imperium herrschen, gründlich erwogen haben, beschlossen Wir, eine Regelung der gegenwärtigen Situation herbeizuführen, indem Wir zu einer außergewöhnlichen Maßnahme Zuflucht nehmen. [...] Die feierliche Verpflichtung, die Uns von Unseren kaiserlichen Vorfahren hinter-

7 Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. Published by the United Nations of Public Information. Wien 2010, S. 3 f.

lassen wurde und die Uns am Herzen liegt, ist es, den Wohlstand und das Glück aller Nationen ebenso wie die Sicherheit und das Wohl Unserer Untertanen zu erstreben. In der Tat, Wir erklärten Amerika und Großbritannien den Krieg in dem aufrichtigen Wunsch, Japans Selbsterhaltung zu sichern und Ostasien zu stabilisieren, und es lag Uns dabei fern, die Souveränität anderer Nationen zu verletzen oder auf territoriale Expansion abzu zielen. Aber nun hat der Krieg fast vier Jahre gedauert. Obwohl alle ihr Bestes getan haben – trotz des tapferen Kampfes der Luft- und Seestreitkräfte, trotz des Fleißes und der Emsigkeit Unserer Staatsdiener und trotz der ergebenden Dienste Unseres Hundert-Millionen-Volkes, hat sich die Kriegssituation nicht zu Japans Gunsten entwickelt, während sich die allgemeine Weltlage gegen Japans Interessen gewendet hat. Darüber hinaus hat der Feind begonnen, eine neue und überaus grausame Bombe einzusetzen, deren Zerstörungskraft wahrhaft unabsehbar ist [...]. Wie können Wir unter diesen Umständen Unsere Millionen Untertanen retten; oder in Übereinstimmung mit den geheiligten Geistern Unserer kaiserlichen Vorfahren handeln? Das ist der Grund, aus dem Wir befohlen haben, die Bedingungen der gemeinsamen Deklaration der Mächte anzunehmen. [...] Wir sind Uns der innersten Gefühle von euch allen, Unseren Untertanen, zutiefst bewusst. Es geschah jedoch unter dem Diktat der Zeit und des Schicksals, dass Wir uns entschlossen haben, für alle Geschlechter, die nach Uns kommen, den Weg für einen großen Frieden zu bereiten, indem Wir das Unertägliche ertragen und das Unduldbare erdulden [...].⁸

Die in der japanischen Hofsprache vorgetragene Rede blieb zwar den meisten Japanern unverständlich, dennoch erkannte die Bevölkerung ihren Sinn und war entsprechend erschüttert. Auf US-Druck verzichtete der Kaiser auf seine ihm nach shintoistischer Tradition zustehende Göttlichkeit, dafür wurde er im Tokioter Kriegsverbrecherprozess nicht angeklagt.

Der größte Land-, See- und Luftkrieg der Geschichte kostete rund 55 Millionen Soldaten das Leben, 35 Millionen wurden verwundet, drei Millionen gelten als vermisst. Die Zahl der Ziviltoten war ähnlich hoch: 1,5 Millionen starben durch den Bombenkrieg, sieben Millionen durch Massenvernichtung (darunter etwa sechs Millionen Juden), 20 bis 30 Millionen infolge von Partisanenkämpfen, durch Racheakte, Deportation, Flucht und Vertreibung. Das Deutsche Reich hatte insgesamt 18,2 Millionen Mann mobilisiert (davon knapp 1,3 Millionen Österreicher), von ihnen fielen 5,3 Millionen (darunter 261.000 Österreicher), das war jeder dritte eingerückte Soldat und jeder achte männliche Staatsbürger des Dritten Reiches.⁹ Den höchsten Blutzoll hatte die Sowjetunion mit 13,6 Millionen Wehrmachtsto-

8 Aus: Gerhard Jelinek: Reden, die die Welt veränderten. Salzburg 2009, S. 173 f.

9 Vgl.: Rüdiger Overmans: Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg = Schriftenreihe des militärgeschichtlichen Forschungsamtes 46, München³ 2004.

ten (darunter 2,6 Millionen in Gefangenschaft Verstorbenen) und sieben Millionen getöteten Zivilisten, also insgesamt einem Zehntel der Gesamtbevölkerung zu beklagen. In China kamen 6,4 Millionen Soldaten ums Leben, von den 1,7 Millionen im Krieg gebliebenen Jugoslawen waren 1,4 Millionen Zivilisten. Ein noch größeres Missverhältnis zwischen Zivil- und Militärverlusten gab es in Polen: Auf 100.000 Wehrmachtstote kamen 4,2 Millionen getötete Zivilisten und 1,5 Millionen Verluste in den polnischen Ostgebieten. Japan beklagte etwa 1,8 Millionen Tote, Frankreich 600.000 (darunter 350.000 Zivilisten), Großbritannien 388.000 (darunter 62.000 Zivilisten) und die USA 259.000 Gefallene.

Der Zweite Weltkrieg war zum Teil mit dem Ziel geführt worden, durch Vernichtung, Vertreibung und Umsiedlung eine neue, nach ethnischen Grenzen orientierte Ordnung in Europa zu schaffen. Hitler hatte mit dieser Kriegspolitik begonnen, Stalin griff sie auf, und nach Kriegsende setzten die osteuropäischen Staaten unter sowjetischer Aufsicht und mit Billigung des Westens die „ethnischen Säuberungen“ fort, um allfälligen Minderheitenproblemen in Hinkunft vorzubeugen. Infolgedessen setzte während und nach dem Krieg in Europa (ebenso wie in Asien) die größte Völkerwanderung aller Zeiten ein. Allein aus Ostmitteleuropa waren zwischen 1939 und 1948 etwa 46 Millionen Menschen durch Flucht, Umsiedlung oder Zwangsarbeit entwurzelt worden.¹⁰ Von den zwölf Millionen heimatvertriebenen Deutschen waren fünf Millionen aus den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches vor der Roten Armee geflüchtet, sieben Millionen mussten ihre angestammten Wohngebiete in der Tschechoslowakei, in Polen, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn verlassen. Die Zahl der Todesopfer unter den Flüchtlingen schwankt zwischen einigen Hunderttausend und zwei Millionen.¹¹ Wollte man die Kriegskosten ermitteln, so gelangt man rasch in den Bereich des Unmöglichen, weil weder Menschenleben noch Verstümmelungen mit Geld zu bewerten sind; auch die Heilungskosten Verwundeter lassen sich nicht feststellen, ebenso wenig wie die seelischen Leiden, die psychischen Traumata von Soldaten und Zivilisten, Kriegswitwen und -waisen, Opfern von Gefangenschaft, Beraubung und Vergewaltigung. Desgleichen sind die Schäden an zivilen Einrichtungen, die durch Kampfhandlungen oder Bombenkrieg entstanden sind, kaum zu beziffern. Die reinen Militärkosten (Rüstungskosten, Betriebskosten, Personalkosten) werden auf 1.500 Milliarden US-Dollar (zum Wert von 1945) geschätzt. Davon entfielen auf die USA 21 Prozent, auf Großbritannien 20, auf Deutschland 18 und auf die Sowjetunion 13 Prozent.

¹⁰ Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert. Berlin 2000, S. 311.

¹¹ Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. Mit einer Übersicht über die europäischen Nachkriegsverluste = Herbig Materialien zur Zeitgeschichte. München/Berlin 1986. – Theodor Schieder (Hg.): Dokumente der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bonn 1953 ff.

Europa hatte nun endgültig aufgehört, in der Weltpolitik den Ton anzugeben – dies blieb den beiden gestärkt aus dem Weltkrieg hervorgegangenen Supermächten USA und UdSSR für die kommenden vier Jahrzehnte vorbehalten. Großbritannien und Frankreich zählten zwar zu den Siegern, konnten aber ihren Großmachtstatus nicht halten und mussten in den Folgejahren ihr koloniales Imperium auflösen. Deutschland und Japan waren keine Großmächte mehr, ihre militärischen Ressourcen waren vernichtet, die Häfen zerstört, die Infrastruktur desolat und die Ernährungssituation kritisch. In die vom Bombenkrieg verwüsteten Städte strömten Millionen Flüchtlinge und Kriegsheimkehrer. Allein Deutschlands Wirtschaftsdaten sprechen für sich: Die Reichsmark besaß infolge der Kriegswirtschaft und Schuldenpolitik keinerlei Wert, weil eine riesige Geldumlaufmenge auf ein unzureichendes Warenangebot stieß; betrug 1938 die Geldumlaufmenge 60 Milliarden Reichsmark, so überschwemmten 1945 nicht weniger als 400 Milliarden den Markt. Die Kohleproduktion des Ruhrgebietes sank von monatlichen 400.000 Tonnen im Jahr 1938 auf 25.000 Tonnen 1945. Mit Kriegsende arbeiteten nur 15 Prozent der Fabriken mit fünf Prozent der Gesamtkapazität.

C) KRIEGSVERBRECHERPROZESSE

Bereits während der oben erwähnten Außenministerkonferenz von Moskau (Oktober 1943) erklärten die Alliierten ihre Absicht, Kriegsverbrechen zu bestrafen. Auf Jalta (Februar 1945) wurde dieses Vorhaben präzisiert, unmittelbar nach Kriegsende in Europa beschlossen die vier Besatzungsmächte in London ein Statut für ein internationales Militärtribunal. Dieses trat am 20. November 1945 in Nürnberg zusammen, wobei ein rückwirkendes alliiertes Recht erst geschaffen werden musste. Im Wesentlichen wurden drei Anklagepunkte verhandelt: Verbrechen der Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges, Kriegsverbrechen (betrifft insbesondere die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Massenmord an Zivilpersonen). Der ehemalige US-Justizminister (1940/41) und Richter am „Supreme Court“ (seit 1941), Robert Houghwout Jackson, fungierte im NÜRNBERGER PROZESS als Hauptankläger gegen die 24 deutschen Hauptkriegsverbrecher. Seine Eröffnungsrede lautete:

„Hoher Gerichtshof! Eine gerichtliche Verhandlung über Verbrechen gegen den Frieden der Welt zu eröffnen, wie sie hier zum ersten Mal in der Geschichte abgehalten wird, legt uns eine ernste Verantwortung auf. Die Untaten, die wir zu verurteilen und zu bestrafen suchen, waren so ausgeklügelt, so böse und von so verwüstender Wirkung, dass die menschliche Zivilisation es nicht dulden kann, sie unbeachtet zu lassen, da sie eine Wiederholung solchen Unheils nicht überleben würde. Dass vier große Nationen, erfüllt von ihrem Siege und schmerzhaft gepeinigt von dem gesche-

henen Unrecht, nicht Rache üben, sondern ihre gefangenen Feinde freiwillig dem Richtspruch des Gesetzes überlassen, ist eines der bedeutendsten Zugeständnisse, das die Macht jemals der Vernunft eingeräumt hat. [...]

Auf der Anklagebank sitzen einige zwanzig gebrochene Männer. Von der Demütigung derer, die sie einmal geführt, fast ebenso bitter geschmäht wie von dem Elend derer, die sie angegriffen, ist ihnen die Möglichkeit, jemals wieder Unheil zu stiften, für immer genommen. Man vermag sich beim Anblick dieser armseligen Gestalten, wie sie hier als Gefangene vor uns sind, kaum die Macht vorstellen, mit der sie als Nazi-Führer einst einen großen Teil der Welt beherrscht und fast die ganze Welt in Schrecken gehalten haben. Als Einzelpersonen gilt der Welt ihr Schicksal wenig. Da die Angeklagten aber unheilvolle Gewalten vertreten, die noch lange in der Welt umherschleichen werden, wenn sie selbst schon zu Staub geworden sind, ist diese Verhandlung von solcher Wichtigkeit. Sie sind lebende Sinnbilder des Rassenhasses, der Herrschaft des Schreckens und der Gewalttätigkeit, der Vermessenheit und Grausamkeit der Macht. Sie sind Sinnbilder eines wilden Nationalismus und Militarismus und all jener ständigen Umtriebe, die Generation auf Generation Europa in Kriege verstrickt, seine Männer vernichtet, seine Heime zerstört und sein Leben arm gemacht haben. [...]

Wir werden Ihnen geduldig und mit Mäßigung enthüllen, für welche Dinge diese Männer einzustehen haben, wir werden Ihnen unwiderlegbare Beweise für unglaubliche Vorfälle unterbreiten. In der Liste der Verbrechen wird nichts fehlen, was krankhafte Überhebung, Grausamkeit und Machtlust nur ersinnen konnten. Diese Männer errichteten in Deutschland unter dem „Führerprinzip“ eine nationalsozialistische Gewaltherrschaft, der nur die Dynastien der östlichen Antike gleichkommen. Sie nahmen dem deutschen Volk all jene Würden und Freiheiten, die wir als natürliche und unveräußerliche Rechte jedes Menschen erachten. Stattdessen weckten sie im Volke hitzige und billig zu stillende Hassgefühle gegen jene, die als „Sündenböcke“ gekennzeichnet wurden. [...] Sie stachelten den deutschen Ehrgeiz auf, sich als eine „Herrenrasse“ zu fühlen, was natürlich Sklaventum für die anderen bedeutete. [...]

Wir werden Sie, meine Herren Richter, nicht auffordern, sich Ihr Urteil über diese Männer nach dem Zeugnis ihrer Feinde zu bilden. Die Anklageschrift enthält nicht einen Punkt, der nicht durch Bücher und Aufzeichnungen belegt werden kann. Die Deutschen waren von je her peinlich genau in ihren Aktenaufzeichnungen, und die Angeklagten teilten durchaus die teutonische Leidenschaft für Gründlichkeit, Dinge zu Papier zu bringen. Auch waren sie nicht ohne Eitelkeit und deshalb häufig darauf bedacht, dass das Bild ihr Tun bezeuge. Wir werden Ihnen ihre eigenen Filme zeigen. Sie werden ihr eigenes Gehaben beobachten und ihre eigene Stimme hören, wenn die Angeklagten Ihnen von der Leinwand her noch einmal einige Ereignisse aus dem Verlaufe der Verschwörung vorführen werden. [...]

Ich möchte die Beweisführung [...] eröffnen und mich mit dem gemeinsamen Plan oder der Verschwörung beschäftigen, deren Ziele nur durch Verbrechen gegen

den Frieden, durch Kriegsverbrechen und durch Verbrechen gegen die Menschlichkeit erreichbar waren.“¹²

Adolf Hitler und Propagandaminister Josef Goebbels hatten sich ebenso wie Innenminister und SS-Chef Heinrich Himmler durch Selbstmord der Verantwortung entzogen. Zwölf Personen wurden zum Tod durch den Strang verurteilt: Martin Bormann (Chef der Reichskanzlei; posthum), Hans Frank (Generalgouverneur von Polen), Wilhelm Frick (Reichsprotektor von Böhmen und Mähren), Alfred Rosenberg (Reichsminister für die besetzten Ostgebiete), Hermann Göring (Reichsmarschall, Chef der Luftwaffe), Alfred Jodl (Generaloberst, Chef des Wehrmachtsführungsstabs), Ernst Kaltenbrunner (Chef des Reichssicherheitshauptamtes), Wilhelm Keitel (Generalfeldmarschall, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Joachim von Ribbentrop (Außenminister), Fritz Sauckel (Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz), Arthur Seyß-Inquart (Reichskommissar in den Niederlanden) und Julius Streicher (Herausgeber des Hetzblattes „Der Stürmer“). Am 16. Oktober 1946 wurden die Verurteilten gehängt, Göring gelang am Hinrichtungstag der Suizid. Rudolf Hess, Stellvertreter des Führers und Minister ohne Geschäftsbereich, wurde zu lebenslangem Kerker verurteilt; er setzte 1987, 93-jährig, seinem Leben ein Ende. Rüstungsminister und Architekt Albert Speer musste ebenso wie Reichsjugendführer und Gauleiter von Wien, Baldur von Schirach, 20 Jahre, Großadmiral und zuletzt Reichspräsident Karl Dönitz zehn Jahre im Spandauer Gefängnis in Berlin verbringen. Die Rechtmäßigkeit der Nürnberger Urteile wurde lange diskutiert, bisweilen wurde von Fehlurteilen der Siegerjustiz gesprochen – so wurde Alfred Jodl 1953 rehabilitiert, und 1959 erklärte das Oberste Gericht der BRD in Karlsruhe die Nürnberger Urteile für rechtswidrig, weil der Rechtsgrundsatz „nulla poena sine lege“ nicht beachtet worden war.

Nach dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher folgten in den Jahren 1946 bis 1949 noch zwölf weitere Verfahren in Nürnberg gegen Funktionäre des NS-Regimes; als verbrecherische Organisationen wurden eingestuft: SS, SD, GESTAPO sowie das Führungskorps der NSDAP, nicht jedoch die Reichsregierung, der Generalstab, das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und die SA. Von den 177 Angeklagten wurden zwölf hingerichtet und 35 freigesprochen; die zu Gefängnisstrafen Verurteilten kamen alle 1956 frei. Unabhängig von den Nürnberger Prozessen führten die Besatzungsmächte eigenständig Kriegsverbrecherprozesse durch. In den drei westlichen Besatzungszonen wurden insgesamt 5025 Personen verurteilt, davon 806 zum Tode; 481 Todesstrafen wurden auch vollstreckt. In der sowjetischen Besatzungszone wurden geschätzte 45.000 Personen verurteilt, die Zahl der Hinrichtungen ist nicht bekannt. Staaten, die von Deutschland besetzt worden waren,

12 Original in: Staatsarchiv Nürnberg, Bestand KV-Prozesse IMT, Nr. B 150.

wie Belgien, Frankreich, Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei und Sowjetunion, führten in Eigenverantwortung Kriegsverbrecherprozesse durch.

Auch in Japan wurde ein internationales Militärtribunal eingerichtet. Die unter Vorsitz des US-Richters John P. Higgins geführten TOKIOTER PROZESSE dauerten von 1946 bis 1948. Insgesamt wurden sieben höchste Politiker und Militärs zum Tode verurteilt und hingerichtet. Prominentester unter ihnen war Hideki Tojo, von 1941 bis 1944 Ministerpräsident und anschließend Chef des Generalstabes; er galt als wesentlicher Befürworter der expansionistischen Außenpolitik und hatte das parlamentarische System durch eine totalitäre Regierung ersetzt. Je nach Schwere des Verbrechens gab es unterschiedlich lange Gefängnisstrafen, 15 Personen wurden zu lebenslanger Haft verurteilt; etliche starben im Gefängnis, wer überlebte, kam 1954/55 frei. Noch unter der Militärregierung von General Douglas MacArthur (siehe Kap. 1.B) verabschiedete Japan 1947 eine nach US-Richtlinien entworfene Verfassung, in der dem Kaiser nur mehr eine symbolische Rolle zugewiesen wurde. Infolge des Koreakrieges erhielt Japan im Friedensvertrag von San Francisco (8. September 1951) seine volle Souveränität zurück, wurde aber territorial auf den Besitzstand des Jahres 1854 beschränkt. Die Sowjetunion verweigerte die Unterzeichnung des Vertrages.



Die Beschäftigung mit der unmittelbar zurückliegenden Vergangenheit erlaubt es uns, die Gegenwart zu verstehen und uns in der Vielfalt des Geschehens zu orientieren. Analog zur Explosion der Weltbevölkerung, die sich in der kurzen Zeit seit 1945 mehr als verdoppelt hat, entwickelte sich die Weltpolitik in atemberaubendem Tempo und schuf immer neue und unerwartete Situationen. Diese erklärend darzustellen für jene, die sich einen raschen Überblick verschaffen wollen, ist die Aufgabe dieses Buches.

Bertrand Michael Buchmann unterrichtet an einem Wiener Gymnasium und lehrt am Institut für Geschichte an der Universität Wien sowie an der Donauuniversität Krems. Zahlreiche Veröffentlichungen zur österreichischen und europäischen Geschichte.

